

FaktenCheck: EUROPA



Gegen eine EU der Banken & Konzerne – für Solidarität & Demokratie Nummer 2 November 2016

Was sagt & macht Trump (S. 2) ++ Flüchtlinge in Frankreich (S. 3) ++ Rheinmetall lässt im Jemen bomben (S. 3) ++ Flüchtlinge in Griechenland (Seiten 4 u. 5) ++ Migration & Arbeitsmarkt in der EU (S. 6) ++ Arbeitsunrecht in der EU (S. 7) ++ Polizeistaat Türkei (S. 8)

Trump, Demokratie und Utopie



Der Ausgang der US-Präsidentenwahl ist ein Sieg der Rechten und eine Niederlage für die Linke. Der zukünftige US-Präsident Donald Trump wird zweifellos versuchen, eine Politik durchzusetzen, die sich gegen die schwarze und die Latino-Minderheit, gegen Frauen und Lohnabhängige, gegen Erwerbslose und Arme richtet. Behauptungen, wonach Trump „kein Programm“ habe und alles „halb so schlimm werden“ würde, sind unzutreffend (siehe S. 2). Dabei unterscheidet sich das rechte Programm des neuen US-Präsidenten im Kern nicht von der Agenda, die die Verantwortlichen in Brüssel und Berlin verfolgen. Um dies zu verstehen, werfe man einen Blick auf das soziale Desaster in Spanien, Italien, Griechenland oder in die Gemeinde der Hartz-IV-Menschen, das Resultat der „aufgeklärten“ und „demokratischen“ Politik der EU. Die flotten und frechen Sprüche, die man von den maßgeblichen deutschen und EU-Politikern beim Thema Trump zu hören bekam, dürfen nicht überbewertet werden. Pack schlägt sich, Pack verträgt sich.

Das Wahlergebnis für Trump erscheint überwältigend. Es muss jedoch bedacht werden: Aufgrund der spezifischen

Bedingungen des US-amerikanischen Wahlsystems lag auch bei dieser Wahl die Wahlbeteiligung bei nur 50 Prozent. Gemeint ist dabei die Wahlbeteiligung der US-Bürgerinnen und Bürger im Alter von 18 und mehr Jahren. An die Urnen dürfen in den USA nur diejenigen gehen, die sich registrieren lassen. Das aber heißt: Nur rund ein Viertel der Wahlberechtigten stimmte für Trump. Clinton erhielt in absoluten Zahlen sogar mehr Stimmen als Trump (Trump: 59.358.679; Clinton: 59.593.691). Damit soll das Wahlergebnis nicht schön-gerechnet, jedoch nüchtern betrachtet werden.

Es gibt viele objektive Gründe für Trumps Wahlsieg. Da ist zunächst der seit Jahrzehnten sinkende Lebensstandard der Mittelschicht und der Unterschicht. Trump wurde als erfolgreicher Unternehmer und als derjenige wahrgenommen, der für diese Gruppen spricht und für diese Jobs schafft. Sodann gibt es seit Jahrzehnten drastische soziologische, geschlechtsspezifische und ethnische Veränderungen: Der sprichwörtliche „weiße Mann“, auch der ohne höhere Bildung und ohne Hochschulabschluss, war bis in die 1980er Jahre hinein gut beschäftigt, passabel bezahlt und optimistisch hinsichtlich der Zukunft. Vor

allem war er „Herr im Haus“. Heute sind viele in dieser Gruppe erwerbslos oder von Abstiegsgang geprägt. Der Anteil der Weißen an der gesamten Bevölkerung ging deutlich zurück. Die Frauenerwerbsquote stieg steil an. Trump erschien als derjenige, der auf den Macho-Resetknopf drückt und den althergebrachten Herr-im-Haus-Standpunkt des weißen Mannes wieder herstellt. Vor diesem Hintergrund erwiesen sich die Enthüllungen über Trumps Frauenverachtung teilweise als Rohrkrepierer. Trump erhielt deutlich mehr Stimmen von Männern als von Frauen. Eine wichtige Rolle beim Trump-Triumph spielt die miserable Bilanz von acht Jahren demokratischer Präsidentschaft unter Barack Obama: Die Arbeitslosigkeit blieb hoch. Die Verbesserungen bei der Krankenversicherung sind unzureichend. Die Schere zwischen reich und arm weitet sich. Die Umweltzerstörung – Fracking! – ist enorm. Trump erschien als der Kandidat, der mit dem politischen Establishment aufräumt. Dies führt zur wohl entscheidenden Ursache für Trumps Wahlsieg: Die Kandidatur von Hillary Clinton wurde von der großen Mehrheit der Wahlberechtigten nicht als Alternative wahrgenommen. Frau Clinton steht wie

keine zweite Person für das „politische Establishment“. Sie wurde zu Recht als Kandidatin des Kapitals, der Wall Street und des militärisch-industriellen Komplexes gesehen. Vor diesem Hintergrund konnte sich Trump als der große Außenseiter, als politischer Newcomer und als Aufräumer präsentieren. Und nochmals: Er konnte sich bei *rund einem Viertel der Wahlberechtigten* so verkaufen. Oder auch: Die US-amerikanischen Medien präsentierten ihn so. Noch nie hatte ein Präsidentschaftskandidat eine derart umfassende mediale Präsenz wie Trump sie hatte.

Wahlkampf und Wahlen bilden nur einen Ausschnitt der politischen Realität. Gerade bei diesen Wahlen, genauer im Vorwahlkampf, wurde deutlich: Es gibt in den USA soziale Bewegungen. Es existieren Klassenkampf und soziales Engagement. Es war der Herausforderer von Hillary Clinton, Bernie Sanders, der dieses „andere Amerika“ personalisierte. Er stand für eine Kritik am großen Kapital und für soziale Gerechtigkeit. Er forderte Abrüstung und ein Ende der US-Kriege. Für diese Ziele konnte Sanders im Vorwahlkampf Hunderttausende mobilisieren – viel mehr als Clinton und auch mehr als Trump. In mehreren Umfragen kam damals zum Ausdruck, dass Sanders die besseren Chancen gehabt hätte, Trump zu schlagen.

In der *Welt am Sonntag* konnte man – übrigens noch vor dem Wahltag – die erstaunliche Einschätzung lesen: „Dem herrschenden System [in den USA] wird von seinen Verlierern keine soziale Utopie mehr entgegengesetzt. Sie verbünden sich stattdessen ausgerechnet mit dem schamlosesten Hyperkapitalisten [Trump]“. Schamlos ist natürlich vor allem der Autor, der dies schrieb. Denn es ist ja das System des Kapitalismus – dasjenige der bürgerlichen Demokratie im Allgemeinen und dasjenige des US-amerikanischen Wahlsystems im Besonderen – das eine „soziale Utopie“ ausgrenzt, sie nicht auf den Wahlzetteln erscheinen lässt. Gleichzeitig steckt in dem Zitierten ein wahrer Kern: Nur eine solche „soziale Utopie“, das Ziel einer solidarischen Gesellschaft und der Kampf für eine solche Alternative weisen eine Perspektive. In den USA. In Europa. Weltweit.

BAYER sponserte Trump

433.000 US-Dollar spendete BAYER für den aktuellen Trump-Wahlkampf. Das war 65 Prozent mehr als 2012 an die Republikaner floss. Diese Spendenfreudigkeit hängt eng mit der Übernahme von MONSANTO zusammen. BAYER will damit der größte Agrochemie-Konzern der Welt werden. Und in den USA wachsen fast 40 Prozent aller Gentechnik-Pflanzen weltweit. Auch BASF ließ sich nicht lumpen und investierte 399.000 Dollar in den US-Wahlkampf. Davon flossen 72 Prozent an die Republikaner. BAYER und BASF sind da keine Exoten. Die gesamte deutsche Wirtschaft hatte mehrheitlich auf Trump gesetzt und diesem im Durchschnitt zwei Drittel ihrer Wahlkampfmittel zur Verfügung gestellt.

Clinton & Hellas-Profite

Hillary Clinton forderte als US-Außenministerin 2011/12 für Griechenland einen „bail out“ und harte Sparmaßnahmen. Ihr Schwiegersohn Marc Mezvinsky gründete im Oktober 2011 zusammen mit zwei Ex-Goldman Sachs-Männern den Investmentfonds *Eaglevale Management*, dessen Geschäftsmodell darin bestand, Profit aus politisch labilen Situationen zu ziehen. Eaglevale und Goldman Sachs engagierten sich dabei auch in großem Umfang in griechischen Wertpapieren. Auch sie setzten auf einen Schuldenschnitt und einen „bail out“. Im Rahmen von Clintons „Email-Affäre“ wurde dokumentiert, dass es während ihrer Amtszeit als US-Außenministerin zwischen ihr und Leuten aus ihrem Stab bzw. der Clinton-Stiftung einerseits und ihrem Schwiegersohn Mezvinsky bzw. dem Goldman-Sachs-Boss Lloyd Blankfein andererseits einen intensiven Informationsaustausch zu Griechenland gab. Die E-Mails wurden meist als „vertraulich“ klassifiziert. Der Inhalt einiger E-Mails ist inzwischen öffentlich. Bei anderen wurde er von den Kontrolleuren des US-Außenministeriums „geschwärzt“. Präzise sind die Vorgänge für Februar bis Mai 2012 dokumentiert. Im Februar gab es den EU-Gipfel in München mit Schwerpunkt Griechenland. Im April und Mai 2012 investierten Eaglevale und Goldman Sachs-Chef Blankfein – letzterer sogar mit privatem Geld – in griechische Papiere.

FaktenCheck:EUROPA (FCE) ist eine Weiterentwicklung des Blattes FaktenCheck:HELLAS, das 2015 mit fünf Ausgaben erschien. Nr. 1 von FCE erschien im Juni 2016. Das FCE-Selbstverständnis siehe Seite 8; Impressum und Bestellmöglichkeiten auf Seite 2. Wir bitten um Verbreitung und Unterstützung für FCE und fordern auf zu Engagement für Demokratie und Solidarität. FCE-Redaktion

Behauptungen des Stammtischs und Antworten von FaktenCheck:EUROPA zu Donald Trump

Nach der Wahl des Immobilienunternehmers und Milliardärs Donald Trump zum neuen US-Präsidenten wird an manchem Stammtisch überlegt, ob es nicht positive Aspekte bei diesem Wahlausgang geben würde. Vier Stammtisch-Behauptungen und vier FCE-Antworten.

Erste Stammtisch-Behauptung aus dem Mund des Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag, Norbert Röttgen: „*Es lässt sich überhaupt nicht sagen, was Trump machen wird. Ich glaube, auch Trump weiß nicht, was die nächsten Schritte sind.*“

Antwort FCE Das ist Unsinn. Trump hat viele präzise Programmpunkte formuliert. So die Senkung der Unternehmenssteuern, die Abschaffung der waffenfreien Zonen in Schulen oder den Stopp der Gesundheitsreform („Obama-care“). Aber selbst wenn Trump so dumm sein sollte, wie Röttgen ihn hinstellt: Die USA sind, wie Deutschland, eine Klassengesellschaft. Und sie sind das führende imperialistische Land. Klassengesellschaften werden – sieht man von Revolutionen ab – von einer Minderheit, der herrschenden kapitalistischen Klasse dominiert. Die Vertreter dieser Klasse, also die Bosse von Konzernen, Banken, Hedge Fonds und die Top-Militärs werden Trump gegebenenfalls ihr Programm ins Notizheft schreiben bzw. auf den Teleprompter werfen. Warum bloß sind John Paulson und Steve Feinberg die Wirtschaftsberater von Trump? Feinberg kontrolliert den Hedgefonds Cerberus; Paulson verfügt über ein Privatvermögen von schlanke 10 Milliarden US-Dollar und steht auf der Liste der 100 Reichsten der Welt.

Zweite Stammtisch-Behauptung: *Trump spricht die Sprache der kleinen Leute und will diese vertreten. So verspricht er nach seiner Wahl erneut „25 Millionen neue Arbeitsplätze“ zu schaffen und das „Wirtschaftswachstums zu verdoppeln“.*

Antwort FCE: Trump ist Milliardär. Er hat gezeigt, dass er nicht zu der Minigruppe derjenigen Reichen gehört, die ihr Vermögen und ihre Privilegien in den Dienst der kleinen Leute stellen. Trumps gesamtes Leben bestand darin, dass er kleine Leute schikanierte und mit Verachtung bedachte. Er hat Pleiten hingelegt und dann kleine Handwerker und kleine Unternehmer im Regen stehen lassen. Er will die Unternehmenssteuern von 35 auf 15 Prozent und den Spitzensteuersatz von 39,6 auf 33 Prozent senken. Wohl gemerkt: Das sind Steuern für Reiche und Konzerne, die in den vergangenen zwei Jahrzehnten bereits drastisch gesenkt wurden. Seinen Aufstieg als Medienstar absolvierte er mit einer TV-Serie, die in seiner zynischen Standardfloskel endete „You're fired – Sie sind entlassen!“. Ja, Trump wird das Wirtschaftswachstum vielleicht steigern. Aber wie konkret? Indem er noch rücksichtsloser als bislang Fracking und Öl- und Erdgasexplorationen zulässt. Indem er Umweltschutzmaßnahmen und Klimaziele beiseite fegt. Indem er den fast zügellosen Raubtierkapitalismus von allen Fesseln befreit. Damit wird er dafür sorgen, dass die „kleinen Leute“ auch „kleine Leute“ bleiben.

Dritte Stammtisch-Behauptung: *Trump findet, dass Putin, so wie er selbst, ein harter Kerl ist. Und dass er sich „mit dem Kerl verständigen“ könne. Er will das US-Engagement in der Welt reduzieren und vielleicht sogar die US-Mitgliedschaft in der Nato zur Disposition stellen. Das kann doch nur gut sein, weil damit die Kriegsfahr reduziert wird.*

FCE-Antwort: Vergleichbare Sätze müssen eher als wahlkampfbedingt gesehen werden. Einmal abgesehen davon, dass Trump auch auf diesem Gebiet ganz anderes sagte – durchaus auch im Wahlkampf. So will Trump das Iran-Atomabkommen aufkündigen. Er schließt den Einsatz von Atomwaffen z.B. in Syri-

en nicht aus (Trump: „Wozu haben wir denn diese Waffen, wenn wir sie nicht auch mal einsetzen?“). Vor allem sei nochmals darauf verwiesen, dass Trump als US-Präsident nicht primär ein Individuum ist. So wie Mussolini, Hitler und Franco oder auch Thatcher nur im Zusammenhang mit den jeweils herrschenden Kreisen gesehen werden können. Ein wesentlicher Bestandteil des Machtkartells in den USA ist der militärisch-industrielle Komplex. Dieser drängt auf eine weitere Erhöhung der Rüstungsausgaben. Trump hat dieser Position – mehr Rüstung – durchaus zugestimmt. Unter ihm werden auch der Sicherheitsapparat, die Geheimdienste und die Repressionsorgane weiter ausgebaut werden, was denselben Industrien zugute kommt.

Mit Putin mag Trump sich auf der individuellen Ebene vergleichen – wobei Putin ja auch Autokrat ist und im eigenen Beritt, siehe Tschetschenien, durchaus mit äußerster Brutalität vorgehen kann. Doch kommt es zu einem Konflikt zwischen den USA und Russland, so kann dies schnell in erbitterte Feindschaft und Aggression umschlagen. George W. Bush und Wladimir Putin hatten zunächst ja auch ein „gutes Verhältnis“ (inklusive eines gemeinsamen

Schnellboottrips und einem gemeinsamen Fischen auf dem Familienferienwohnsitz der Bushs). Doch die Freundschaft hielt nicht lange. Und es war das objektive Interesse des US-Kapitals, die eigene Hegemonie zu erhalten und (z.B. in der Ukraine und in Syrien) auszuweiten, die letzten Endes erneut zum Clash mit Russland und zur Politik der Einkreisung Russlands führten.

Vierte Stammtisch-Behauptung: *Was mit dem Trump-Wahlsieg passierte, ist ein unglücklicher Ausrutscher in den USA. Darüberhinaus könnte „sowas“ in Europa nicht passieren.*

FCE-Antwort: Der „unmögliche“ Trump ist auch als US-Präsident nicht ganz so einmalig. US-Präsident Nixon hatte einen ähnlich aggressiven und infantilen Charakter. Und beim B-Klasse-Schauspieler Ronald Reagan hatten auch alle Beobachter im Vorfeld der Wahlen gesagt, der Mann sei eine Schießbudenfigur und als Präsident der USA unvorstellbar. Reagan wurde dann zum Frontmann der neoliberalen Offensive – wobei auch er im Hintergrund klug gesteuert wurde. Nixon scheiterte – jedoch nur, weil es die starke Antikriegsbewegung gab, die wiederum den Rückhalt für den bewundernswerten inves-

tigativen Journalismus bildete, der in der Watergate-Affäre so entscheidend war.

Kein Trump in Europa? Warum haben dann die Frontfrauen des Front National und der AfD Trump mit als erste gratuliert? Weswegen lobpriesen Viktor Orban (FIDEZ) in Ungarn und Heinz-Christian Strache (FPÖ) in Österreich den Wahlsieg Trumps als wäre es der eigene? Die Rechte in Europa und Trump in den USA sind Fleisch vom Fleische. Der Unterschied ist „nur“ ein doppelter: Erstens gibt es bislang insbesondere in Deutschland noch keine Führerfigur wie Trump eine ist; eine Person, die das durchaus vorhandene Massenpotential zu mobilisieren weiß. Und zweitens gibt es bislang in Deutschland noch keine relevante Kapitalfraktion und keine Großkonzerne, die auf einen Volkstribun und auf einen Frontalangriff auf demokratische Rechte setzen.

Bilanz: Trump hat ein Programm. Und er steht mit seiner Person für dieses Programm. Die entscheidende Frage wird sein: Gelingt es, einen ausreichend großen Widerstand gegen die Umsetzung dieses Programms von Manchesterkapitalismus und Brutalo-Imperialismus zu mobilisieren? Siehe dazu auch Seite 1.

Europa von unten



Irland: Widerstand gegen die Wasserprivatisierung

Ein schwerer Angriff auf das Demonstrationsrecht wird gerade vom irischen Staat durchgeführt. Hintergrund ist die erfolgreiche Massenbewegung gegen die Einführung von Wassergebühren. Diese waren von der Hälfte der Bevölkerung boykottiert worden. Die Regierung musste den Einzug der Gebühren stoppen. Nun wurde ein Siebzehnjähriger der Freiheitsberaubung der ehemaligen stellvertretenden Premierministerin Joan Burton schuldig gesprochen. Er hatte an einem Protest teilgenommen, der eine Sitzblockade und einen langsamen Demonstrationsmarsch beinhaltete, bei dem das Auto der Regierungspolitikerin aufgehalten worden war. Der Anwalt des Jugendlichen nannte das Urteil ein „Rezept für Totalitarismus“. Der Richter erklärte, dass der „Protest nicht den Schutz der Europäischen Menschenrechtskonvention genieße“, weil er im Widerspruch zur „öffentlichen Ordnung und Moral“ gestanden habe. Dieser Unrechtspruch soll den Weg bereiten, mich und siebzehn weitere volljährige Angeklagte wegen Freiheitsberaubung oder ähnlicher Anklagen ins Gefängnis zu stecken. Die Gerichtsprozesse werden im kommenden Jahr stattfinden. Wir organisieren Opposition dagegen von allen, die verstehen, dass „ein Unrecht gegen eine Person ein Unrecht gegen alle ist“. Denn alle, die protestieren wollen – Gewerkschaftsmitglieder, Antikriegsaktive, Feministinnen – sind durch dieses Urteil bedroht. Wir rufen auch Aktivistinnen und Aktivisten in ganz Europa zur Solidarität auf.

Paul Murphy, Abgeordneter der „Anti-Austerity-Alliance“ und Mitglied der Socialist Party (links im Bild)

FaktenCheck:EUROPA – Impressum & Bezugsmöglichkeiten

FaktenCheck:EUROPA (FCE) erschien erstmals im Juli 2018. Mit den niedrigen Abnahmepreisen eignet sich FCE ideal für ein Verteilen auf Veranstaltungen, in Kneipen & Kulturzentren, bei Kumpels. **Bezugspreise wie folgt:** Bei Bestellungen zwischen 1 - 99 Ex.: 25 Cent je Ex. // Bei Bestellungen ab 100 Ex.: 15 Cent je Ex. // Jeweils zuzüglich Porto & Verpackung. Bitte keine Vorkasse; nur nach Erhalt der Rechnung bezahlen.

Redaktion Nikos Chilas, Sebastian Gerhardt, Werner Rügemeier, Sascha Stanicic, Mag Wompe, Winfried Wolf (V.i.S.d.P.) // **Träger** BFS - Büro für Frieden & Soziales e.V. // **Konto** (für Spenden, nicht Vorkasse): BFS e.V., MBS-Mittelbrandenburgische Sparkasse

IBAN: DE04 1605 0000 3527 0018 66 SWIFT-BIC: WELADED1PMB

FaktenCheck:EUROPA finanziert sich ausschließlich über Unkostenbeiträge und Spenden.

E-Mail-Adresse für Bestellungen bestellen@faktencheckhellas.org

Website www.faktencheckhellas.org



Es war einmal ein Jungle in Calais Das wundersame „Verschwinden“ von 4.000 Menschen

Bernard Schmid

Alles verläuft ruhig und nach Plan“: So lautet die PR von Frankreichs Innenminister Cazeneuve am 24. Oktober, als die Evakuierung des „Jungle“ genannten Migrantencamps in der Nähe von Calais begonnen hat. Gegen 8.45 Uhr verließ ein erster Bus mit Migranten das Lager, um zu einem „Aufnahme- und Orientierungszentrum“ (CAO) in der ostfranzösischen Region Burgund zu fahren. Die betroffenen Flüchtlinge mussten zuvor durch Gitter und einen Detektor gehen und sich identifizieren lassen.

Zweieinhalb Tage später war die Räumung abgeschlossen. Bald darauf hatten auch die letzten Minderjährigen das Camp verlassen. Rund zweihundert von ihnen, die Familienmitglieder auf den britischen Inseln haben, durften dorthin gehen. Den übrigen wird die sehnlich erwünschte Überfahrt nach England kategorisch verweigert. Dorthin aber streben die betreffenden Menschen der Sprache wegen, aufgrund der Präsenz stärkerer Communities aus ihren Herkunftsländern oder weil der neoliberal strukturierte britische „Arbeitsmarkt“ „illegalisierten“ Menschen überhaupt Einkommensmöglichkeiten (zu miesen Bedingungen) bietet.

5.500 Flüchtlinge seien „in Sicherheit gebracht worden“, so die offizielle Sprachregelung. Doch in den CAOs wird ihnen nur ein Aufenthalt für maximal vier Monate gewährt. Danach droht ihnen: entweder erneut gar nichts bzw. die vom französischen Staat angebotene „freiwillige Ausreise“. Oder aber man wird ins französische Asylsystem aufgenommen. Mit Letzterem ist theoretisch auch ein Anspruch auf einen Heimplatz verbunden. Doch in der Praxis wird diese Unterbringungspflicht bereits heute in vielen Fällen nicht erfüllt. Die Staatsmacht beruft sich hier auf „Überforderung“.

Keinerlei Garantie gibt es dabei für jene Flüchtlinge, die aufgrund der Dublin-Vereinbarung in ein anderes EU-Land zurückgeschoben werden können, wie Griechenland, Italien oder gar Ungarn. Dies widerfuhr bereits vor einem Jahr Sudanesen, die sich von Calais nach Süd-

westfrankreich hatten überstellen lassen. Deswegen widersetzten sich die „Dublin-Betroffenen“ auch am heftigsten einer „Umverteilung“. Viele von ihnen ließen sich in einiger Entfernung vom „Jungle“ in kleineren Camps nieder.

So sah die Lage im gesamten Raum Calais im Übrigen noch vor zwei Jahren aus. Danach hatte die Staatsmacht den Druck erhöht, um die Betroffenen mittels Vertreibungsmaßnahmen an einem einzelnen Punkt zu konzentrieren, eben jenem „Jungle“, in dem vor kurzem 8.000 bis 10.000 Menschen lebten. Heute ist die Staatsmacht umgekehrt der Auffassung, das Camp sei zu groß und allzu auffallend sichtbar geworden... Im übrigen hatten auch die Behörden mitbekommen, dass im Jungle 10.000 Menschen lebten. Was heißt: Rund 4000 von ihnen haben sich der jüngsten Umverteilungsentzogen.

Am letzten Tag vor der Räumung brannte es in dem Camp an mehreren Ecken lichterloh. NGOs und Freiwillige vermuteten, „Sicherheitskräfte“ hätten Feuer gelegt, um eine Rückkehr in das Camp definitiv zu verhindern. Dagegen erklärte die für die Region zuständige Präfektin, es liege „in der kulturellen Tradition bestimmter Migrantengruppe, ihre Behausungen vor ihrem Verlassen anzuzünden“. Eine „Tradition“, die sie Bevölkerungsgruppen aus Afghanistan zuschrieb. Infolge dieser Aussprüche handelte die Präfektin sich von NGOs eine Strafanzeige wegen „rassistischer Verleumdung“ ein.

Rund 170 vorläufige CAO-Aufnahmeeinrichtungen gab es bislang. Weitere 280 wurden nun eingerichtet. Dagegen gibt es aber lokal oft Widerstand, der von Rechten aller Schattierungen unterstützt wird. Am Tag des Räumungsbeginns wurde bekannt, dass die fünfte Aufnahmeeinrichtung in Folge, sie liegt in Loubeyrat im französischen Zentralmassiv, mit Brandanschlägen attackiert wurde. In zwei Fällen – im Raum Nantes und nahe Grenoble – waren solche (noch unbewohnte) Einrichtungen nachts mit Feuerwaffen beschossen worden.

Bernard Schmid lebt und arbeitet als Anwalt in Frankreich

Der „Schwarze Protest“ der polnischen Frauen

Weniger als ein Jahr nach ihrem Wahlsieg wird die konservative Partei „Recht und Ordnung“ (PiS) von einer massiven Protestbewegung gegen ihre reaktionäre Politik heraus gefordert. Am 3. Oktober waren Frauen zum «Streik» aufgerufen gegen eine Gesetzesvorlage zum uneingeschränkten

Abtreibungsverbot. 140.000 Frauen gingen auf die Straße. Die meisten Frauen nahmen sich dafür einen Tag Urlaub. Die das nicht konnten, kleideten sich schwarz. Als „schwarzer Protest“ wird die Bewegung auch bezeichnet.

Diese Bewegung beeindruckt durch ihre Spontaneität. Entscheidungen werden in sozialen Foren diskutiert und entschieden. Eine neue Schicht junger Menschen nimmt an diesem Kampf teil.

Seit dem Streiktag haben weitere Aktionen stattgefunden. Am 24. Oktober gab es einen weiteren Aktionstag. Der Gesetzesentwurf musste zurückgezogen werden. Der „Schwarze Protest“ hat das enorme Potenzial des Kampfs für das Recht auf Abtreibung gezeigt.

Tiphaine Soyce – Aktivistin des „Schwarzen Protests“ in Krakau, vorne im Bild



Flüchtlingsdesaster als Abschreckung

Annette Groth

Anfang November habe ich fünf Flüchtlingscamps in der Umgebung von Thessaloniki besucht. Die Zustände hinsichtlich Ausstattung und Respekt vor der Menschenwürde der Geflüchteten sind unterschiedlich. Mal war ich positiv beeindruckt (Camp in Sinatex), mal fehlte es sogar an Strom und warmem Wasser und es gab keine Vorbereitungen für Winterfestigkeit (Camp Nea Kavala). In einigen Flüchtlingslagern, zu denen mir der Zutritt mit dem Verweis auf Renovierung verwehrt wurde, sollen die Verhältnisse unerträglich sein.

Insgesamt scheint es nicht primär an Geld zu mangeln. Es fehlt den Verantwortlichen schlicht nicht der politische Wille, die Situation grundsätzlich zu verbessern. Vor allem fehlt in Brüssel und Berlin die Bereitschaft, die zugesagte Zahl an Flüchtlinge aufzunehmen. Es gibt nicht einmal die Bereitschaft, die Familienzusammenführung zu organisieren – sehr viele Flüchtlinge haben Angehörige in anderen EU-Staaten.

Jüngst fragte auf einer Veranstaltung der Bürgermeister von Thessaloniki, warum die rund 15.000 Geflüchteten auf den griechischen Inseln nicht wenigstens auf das Festland gebracht würden. Dort gäbe es doch freie Kapazitäten. Ein anderer auf dieser Veranstaltung stellte die berechtigte Frage, ob die unhaltbaren Zustände auf den Inseln möglicherweise zur Abschreckung aufrecht erhalten würden.

Die Migrationspolitik der EU ist ein einziges Desaster. Der EU-Türkei-Deal ist zynisch und muss umgehend aufgehoben werden. Skandalös ist vor allem, dass Griechenland, das in den 1990er Jahren bereits eine Million Flüchtlinge aus Albanien aufnahm, in dieser Migrationskrise allein gelassen wird – und dies ausgerechnet jetzt in der historischen Krise, für die Brüssel und Berlin ebenfalls Mitverantwortung haben.

Annette Groth ist MdB und Vorsitzende der deutsch-griechischen Parlamentarier-Gruppe

Rheinmetall und Saudi-connection

Winfried Wolf

Dass Saudi Arabien im Jemen einen Krieg führt, dabei gnadenlos gegen die Bewegung der Huthis vorgeht und Städte und Dörfer in Schutt und Asche legt, ist hierzulande wenig bekannt. Dass dies mit Deutschland zu tun hat, dürfte dann völlig unbekannt sein. Nun deckten italienische Kriegsgegner und das irische Internetportal *reported.ly* auf: Der deutsche Rüstungskonzern Rheinmetall produziert bei seiner italienischen Tochter RWM Italia und dort in deren Zweigwerk auf Sardinien die Hauptbestandteile für Bomben vom Typ MK82 und MK84. Diese werden dann nach Abu Dhabi zum Unternehmen *Burkan* gebracht, eine Firma, die eng mit Rheinmetall verbunden ist. Dort werden die Bomben zusammengesetzt, dem Militär der Saudis übergeben, das wiederum die Bomben im Jemen in großem Umfang einsetzt.

Die Rheinmetall-Bomben-Exporte aus Italien hatten allein 2012 bis 2014 einen Wert in Höhe von 100 Millionen Euro, was rund 5000 Bomben entspricht. Die Exporte wurden zumindest teilweise von den italienischen Behörden genehmigt – was heißt, dass Rüstungsexporte in ein Kriegsgebiet genehmigt wurden.

Rheinmetall konnte 2014 und 2015 seine Gewinne massiv steigern. 2016 gab es in den ersten neun Monaten nochmals ein Profit-Plus von 55 Prozent. Darüber sind die Aktionäre – darunter der Versicherer Allianz – hocherfreut. Der Rheinmetall-Kurs auf Profit-mit-Krieg wird fortgesetzt. Im August 2016, wenige Wochen nach dem kalten Staatsstreich Erdogans, verkündete Rheinmetall, die Bildung eines deutsch-malaysisch-türkischen Gemeinschaftsunternehmens mit Sitz in der Türkei, das sich auf den „Bau und die Vermarktung gepanzerter Rheinmetall-Fahrzeuge auf Rädern und Ketten“ konzentrieren werde. Es gilt: Bei jeder Schweinerei, ist Rheinmetall dabei.

Infos nach: Welt vom 5.8.2016; www.reported.ly/2015/06/24/blood-money-italy-bomb-yemen und www.ansa.it/sardegna/notizie/2016/10/29/pacifisti-stop-bombe-in-sardegna

Herausgeberinnen und Herausgeber von FaktenCheck:EUROPA

Tom Adler Stuttgart, IGM, Stadtrat, ehem. BR Daimler Prof. Elmar Altvater Berlin Daniel Behruzi Frankfurt/M Prof. Armin Bernhard Essen Rolf Becker Hamburg Achim Bigus Osnabrück, IGM-VK-Leiter Georg Brzoska Berlin Nikos Chilas Athen und Berlin, To Vima Prof. Frank Deppe Marburg Manfred Dietenberger Waldshut Prof. Ulrich Duchrow Heidelberg Jochen Dürr Schwäbisch Hall, AG Betrieb & Gewerkschaften DIE LINKE Leslie Franke Hamburg, Filmemacherin Prof. Georg Fülberth Marburg Sebastian Gerhardt Berlin, Redaktion Lunapark21 Lothar Geisler Dortmund, Redaktion Marxistische Blätter Annette Groth Stuttgart, MdB DIE LINKE Johannes Hauber Mannheim Andrej Hunko Aachen, MdB DIE LINKE Heike Hänsel Tübingen, MdB DIE LINKE Willi Hajek, Bochum, tie global Inge Höger MdB, Herford, DIE LINKE Bernd Köhler Mannheim, Musiker Stephan Krull Magdeburg Thomas Kuczynski Berlin Sabine Leidig Hanau, MdB DIE LINKE Herdolor Lorenz Hamburg, Filmemacher Volker Lösch Berlin, Regisseur Prof. Ingrid Lohmann Hamburg Prof. Birgit Mahnkopf Berlin Prof. Mohssen Massarat Berlin Gisela Notz Berlin Prof. Norman Paech Hamburg Tobias Pflüger Tübingen, stellv. Parteivorsitzender DIE LINKE Christine Prayon Stuttgart, Kabarettistin Nadja Rakowitz Frankfurt/M, Redaktion express Lucy Redler Berlin, Parteivorstand DIE LINKE und SAV Karl Heinz Roth Bremen Werner Rügemeier Köln Karl Schweizer Lindau Walter Sittler Stuttgart Eckart Spoo, Berlin, Redaktion Ossietzky Sascha Stanicic Berlin, SAV Margarita Tsomou Berlin, Redaktion missy Dorothee Vakalis Tessaloniki, Pfarrerin i.R. Marie-Dominique Vernhes Hamburg, Redaktion SIG Winfried Wolf Michendorf Mag Wompele Bochum, Labournet.de Prof. Christian Zeller Salzburg Lucas Zeise Frankfurt/M., Redaktion UZ Prof. Susan Zimmermann Wien.

Unterstützende Organisationen, Initiativen & Publikationen

Aktion gegen Arbeitsrecht · express · LabourNet Germany · Lunapark21 · SAV

Die Flüchtlingslager auf Chios



Wilder als im wilden Westen

Nikos Chilas

Sie sind nicht von dieser Welt. Die 900 Bewohner des Flüchtlingslagers Suda auf der griechischen Insel Chios leben ein verkehrtes Leben. Am Tag liegen sie apathisch auf den Matratzen in ihren Zelten, oder, wenn das Wetter mitspielt, am nahliegenden Strand. Und erst, wenn es zu dämmern anfängt, wagen sie sich langsam und leise aus dem Lager wie Zombies, um ein paar hundert Meter weiter in den Hafen der Stadt zu gehen. Dort setzen sie sich schweigend auf die Mole, die Gesichter zum Eingang des Hafens gewandt – offenbar in der Hoffnung, von dem nächstankommenden Schiff mitgenommen zu werden, nach Piräus oder gar zu einem anderen Hafen von Nordeuropa.

Nur dass ein solches Schiff nie ankommt. Das Abkommen der Europäischen Union mit der Türkei aus dem vorigen März verbietet jede Schifffahrt für Flüchtlinge, die auf den griechischen Inseln festgehalten werden. Das Linienschiff, das aus Lesbos kommend auf Chios eine Zwischenstation macht, um danach nach Piräus weiterzufahren, ist nicht für sie bestimmt. Die Hafenpolizisten und die Beamten der Frontex, die an seinem Eingang positioniert sind, sorgen dafür, dass sie nicht hineingelangen. Die Flüchtlinge bleiben trotzdem an der Mole, auch nachdem das Schiff am Horizont verschwunden ist. Erst danach beginnen sie, in das Lager zurückzukehren. Diesmal aber nicht in slow motion, sondern schnell und laut – so als ob die versagte Abfahrt ihre Lebensgeister wieder erweckt hätte. Der Lärm erreicht seinen Höchstpunkt gegen 3 bis 4 Uhr morgens. Die Anrainer sind verzweifelt. „Ich habe seit Monaten nicht mehr geschlafen“, sagt einer von ihnen, „auch die Ohrstöpsel helfen nicht“.

Allerdings gibt es auch Tage, in denen der Höllenlärm auch am Tag zu hören ist. Das ist im-

mer dann der Fall, wenn auch die Flüchtlinge rebellieren, weil ihre Asylersuchen zu langsam oder gar nicht behandelt wurden. Ihre Protestschreie vermischen sich mit den Sirenen der Polizeiautos und dem Getöse aus den brennenden Zelten und Mülleimern, die sie selbst in Brand gesetzt haben. Solche Tage werden im Lauf der Zeit in Suda immer häufiger.

Suda ist ein typisches Beispiel für die „wilden“ Lager, die auf den griechischen „Frontinseln“ – jenen Inseln, die gegenüber der Türkei liegen – seit einiger Zeit entstanden sind. Diese Lager sind ein „Abfallprodukt“ der Hot Spots, der offiziellen Auffang- und Registrierungs-lager, die im Rahmen des EU-Türkei-Abkommens entstanden sind. Sie existieren, weil dieses Abkommen nicht funktioniert – und sie würden ebenso bestehen, wenn das Abkommen tadellos funktionieren würde. Im ersten Fall, weil das Abkommen wegen seiner haarsträubenden Konstruktion und dem Versagen der Behörden der Türkei, Griechenlands und der Europäischen Union (Frontex) nicht wirklich angewandt wird, mit dem Ergebnis, dass die offiziellen Lager sofort vollgestopft waren. Im zweiten Fall, weil seine konsequente Anwendung die Lager nicht richtig entlasten würde, da die Zeit für die Behandlung der Asylanträge naturgemäß nicht „radikal verkürzt“ werden kann, wie es Thomas de Maizière verlangt. Überdies würde der „Gewinn“ aus einer derartigen Verkürzung durch den schnelleren Zuzug von Asylsuchenden von Inseln, die über keinen Hot Spot verfügen, zunichte gemacht – Hot Spots gibt es ja nur in Leros, Lesbos, Chios, Samos und Kos, Flüchtlinge, die unter das EU-Türkei-Abkommen fallen, hingegen auf Dutzenden anderen Inseln.

Aber auch im Hot Spot, das in der ehemaligen Chemiefabrik VIAL acht Kilometer westlich der Hauptstadt untergebracht ist, ist die Situation nicht weniger „wild“.

Im Gegenteil: Die Anlagen, umzäunt von Stacheldraht und Wachtürmen, sehen wie Konzentrationslager aus. Das sind sie zwar nicht – die Insassen werden vom Wachpersonal geschont und von NGO's in der Regel gut versorgt – aber die Angst und die Unsicherheit sind überall zu spüren.

August 2016. Ein magisches Bild. Ein Flüchtling betritt das VIAL-Lager durch den Stacheldraht. Aus der Ferne glaubt man, er ginge durch eine entmaterialisierte Mauer – wie Jean Marais durch den Spiegel im Film „Orpheus“ von Jean Cocteau. Bei näher Betrachtung stellt sich allerdings heraus, dass dort ein riesiges Loch ist, ja, dass die gesamte Mauer durchlöchert ist. Die Flüchtlinge können so nach Belieben im Lager ein- und ausgehen.

„Meine Beamten halten sich immer an den Vorschriften“, sagt die Lagerleiterin Dafni Spyropoulou. Zugleich, räumt sie ein, schauen sie weg, wenn die Flüchtlinge den Stacheldraht zerschneiden. Inoffiziell wird somit ungültig, was offiziell gültig ist. So wird aufgestauter Druck abgelassen – ohne diese Möglichkeit würde es jeden Tag eine Flüchtlingsrevolte geben.

Diese zwiespältige Haltung widerspiegelt die Zerrissenheit der Syriza-Regierung unter Alexis Tsipras in der Flüchtlingspolitik. Sie predigt Schutz für die Geflüchteten, betreibt aber zunehmend eine flüchtlingsfeindliche Politik. Das Ergebnis sind immer mehr Abschiebungen in die Türkei, manchmal sogar, wie jüngste Vorfälle zeigen, ohne vorher die Betroffenen darüber zu informieren.

Es herrscht ein Zustand der Willkür und der Anomie in den Lagern, die an den Wilden Westen erinnert. Der Unterschied: Während im Wilden Westen der Staat völlig abwesend war, in den Lagern von Chios ist er omnipotent. Das äußert sich auch darin, dass die Initiatoren der Aufstände als „Unruhestifter“ von den Polizisten diffamiert, verhaftet und

Bild links: In einer ehemaligen Tabakfabrik auf Chios ist das Registrationslager Tabakika eingerichtet

entgegen alle rechtsstaatlichen Vorschriften sofort zur Abschiebung freigegeben werden.

Dies hat enorme Rückwirkungen auf die griechische Innenpolitik. Immer mehr „Wutbürger“, die sich durch diese Praxis ermutigt fühlen, fordern die Regierung auf, den Flüchtlingskindern den Zugang zu den Schulen zu verwehren, die Hot Spots zu schließen und die „islamischen Eindringlinge“ überhaupt aus dem Land hinauszuerwerfen. Eine absurde Forderung angesichts dessen, dass die Flüchtlinge die allerersten sind, welche die sofortige Abreise verlangen – allerdings nicht in Richtung ihrer Heimatländer, sondern Richtung Mittel- und Nordeuropa.

Wie man das auch dreht und wendet: Die Wurzel des Übels ist das EU-Türkei-Abkommen selbst. Und das, erstens, weil es vor allem darauf abzielt, die Flüchtlinge aus Europa fernzuhalten; zweitens, weil es dieses Ziel vor allem auf Kosten der Flüchtlinge löst – letztere werden als Objekte, als Verhandlungsmasse im Dauerstreit um Geld und politische Zugeständnisse zwischen der EU und der Türkei behandelt; drittens, weil dadurch die Türkei zum Auffanglager Europas wird; viertens, weil die „Abwehr“ der Flüchtlinge durch die militärische Aufrüstung von Frontex und den Einsatz der NATO in der Ägäis immer stärker militarisiert wird; und fünftens, weil Griechenland dazu verpflichtet wird, die „entflohenen“ Flüchtlinge – nämlich jene, die trotz aller Abschirmmaßnahmen doch auf seine Inseln gelangen – in die Türkei zurückzuschicken.

Ein derartiges Abkommen, das alle Bestimmungen des Völkerrechtes und der Menschenrechte mit Füßen tritt, ist nicht sonderlich prädestiniert, Erfolg zu haben. Zudem verringert die Schwächung der türkischen Behörden, die nach dem Militärputsch vom vorigen Juli einsetzte, seine Erfolgchancen.

Von daher klingt es wie ein Hohn, wenn der griechische Migrationsminister Yiannis Mouzalas sagt, das Abkommen sei bereits eine Erfolgsstory, weil dadurch von März bis September 2016 die Ankunft von etwa 180.000 Flüchtlingen auf den griechischen Inseln verhindert und somit eine humanitäre Katastrophe abgewendet wurde. Wirklicher Erfolg? Die Katastrophe wird bloß verlegt, sie findet jeden Tag an den Flüchtlingsrouten in der Türkei und in der Ägäis statt.

Wohlgemerkt: Die Flüchtlingspolitik von Tsipras ist dennoch unvergleichbar besser als jene seiner sozialdemokratischen und rechten Vorgänger

– und auch heute humaner als jede andere in Europa. Nach dem EU-Türkei-Abkommen entwickelt sie sich aber immer mehr zu einem Spiel mit dem Feuer. Die Flammen in den Flüchtlingslagern geben nur einen schwachen Widerschein von dem politischen Brand, der künftig das ganze Land erfassen könnte.

Nikos Chilas hat, zusammen mit Winfried Wolf, das Buch *Die griechische Tragödie – Rebellion, Kapitulation, Ausverkauf* (Mai 2016) verfasst. Er berichtet für die griechische Tageszeitung To Vima.

Europa von unten

Winterjacken aus Decken aus Idomeni

Als das Lager in Idomeni Ende Mai aufgelöst wurde, wurden tausende UNHCR-Decken einfach entsorgt. Es gab bei den Organisationen kein Budget für Reinigungen. „Wir lassen einige reinigen und machen daraus schicke Jacken“, beschlossen die Mitglieder der Werkstatt für Flüchtlinge mit dem Namen NAOMI in Thessaloniki. Sonja, die Schnittmuster-Direktrice



entwickelte vier Modelle. Elke, die Textilingenieurin, zauberte die ersten Exemplare. Das Label: *remember Idomeni by NAOMI*. Seit vier Jahren organisiert das NAOMI-Team Nähgruppen für Flüchtlinge. Da AsylbewerberInnen, die jahrelang auf einen Bescheid warten müssen, keine Grundversorgung haben, wurde dieses Angebot gern angenommen. Nähen oder Änderungen vornehmen spart Geld. In den letzten Monaten kommen Profi-SchneiderInnen aus Syrien hinzu. Hassan holen sie aus einem Camp, er betrieb mit seinen jungen Jahren eine Fabrik für elegante Damenskler in Damaskus. Er brennt darauf, tätig zu werden. Und mit ihm andere. Die Produkte findet man auf der Website und kann sie gegen eine Spende erwerben. NAOMI will SchneiderInnen vorbereiten auf ein Arbeiten in Europa. Auch Griechenland war einst ein Textilland. Das Gebäude, in dem NAOMI mit anderen NGOs zu finden ist, war einst ein Fabrikgebäude mit Textilfirmen. Nun rattern hier wieder Industrie-Maschinen. Die Integration von Geflüchteten und Migrant*innen sehen die NAOMI-Mitglieder als Herausforderung und Chance für Griechenland. Dazu müssen jedoch schnell umfassendere Fördermaßnahmen entwickelt werden. Infos: www.naomithessaloniki.net/Produkte

Das Flüchtlingselend in Griechenland



Soziale Unruhen im kommenden Winter?

Flüchtlinge am Rand des Hafens von Piräus, 3. Oktober 2016, 1.00 Uhr Nachts (Foto: Joachim Römer)

Dorothee Vakalis

Bis zur Schließung des Lagers in Idomeni Ende Mai 2016 gab es eine Medienöffentlichkeit, es wimmelte auf den Feldern von Kameras und Mikrofonen!... Idomeni kennt heute alle Welt. Jenseits aller humanitären Standards gab es trotzdem ein soziales Klima: kreative Aktionen, improvisierte Vorzelte, Feuerstellen, Figuren aus Abfall und zu Spielzeug umfunktioniertes. Vor allem gab es die große Hoffnung in den Gesichtern, doch noch weiter zu kommen.... In der europäischen Öffentlichkeit begann sich die Auffassung auszubreiten, dass solche unwirtlichen Zustände in Europa nicht sein dürfen.

Mit der polizeilichen Räumung wurden die Menschen ungefragt und ohne Rücksicht auf ihre sozialen Beziehungen auf einzelne Aufnahme-Lager verteilt. Diese waren vom Militär aus dem Boden gestampft worden, fern von sozialen Strukturen und gesellschaftlichem Leben!

Insgesamt sind heute in Griechenland auf dem Festland mehr als 35.000 Menschen in über 40 Lagern notdürftig untergebracht. Die Flüchtlinge wurden erfasst. Sie können die Lager verlassen. Nach mehr als sieben Monaten seit der Schließung der Grenzen am 30. März ist es jedoch dem griechischen Staat und den zahlreichen von EU-Geldern finanzierten internationalen Organisationen nicht gelungen, humanitäre Standards einzuhalten und menschenwürdige Verhältnisse einzurichten.² Es mangelt überall an Kooperation und Planung. Insgesamt hat sich das Leben der Menschen ver-

schlimmert. Das Elend nimmt angesichts des kommenden Winters und der wachsenden Hoffnungslosigkeit zu. Knapp die Hälfte – 46 Prozent – der Flüchtlinge sind Kinder! Was soll einmal aus ihnen werden?

Aus den Medien in Europa scheint diese nunmehr dezentralisierte Katastrophe, dieses Elend verschwunden zu sein. Bedrückende Fotos und Berichte von Gruppen vor Ort kursieren zwar in den social media³. Doch sie finden kaum den Weg in den öffentlichen Diskurs in Deutschland.

Der Winter kommt mit Kälte und Schnee Die provisorischen Zelte ohne feste Fussböden sind unbeheizt, Menschen schlafen auf Pappkartons, auch auf Feldbetten unter Vordächern. Anfang November ist von einem versprochenen Umzug in feste Behausungen in den meisten Lagern nichts zu sehen. Toiletten und warmes Wasser für Duschen entsprechen nicht den humanitären Standards. Ganz zu schweigen von Waschmaschinen oder gar Spielplätzen oder Gemeinschaftsräumen.

Völlig unzureichende Ernährung Die Regierung hat Firmen beauftragt und ein einheitliches Essen-Programm aufgestellt. Das aber ist mangelhaft und nicht auf die Gewohnheiten der Menschen abgestimmt. Die Kosten (6 Euro pro Person/Tag) und Leistungen stehen in keinem Verhältnis zu einander. Eine besondere Verpflegung von Kleinkindern oder gar Diätprogramme für Menschen mit chronischen Krankheiten gibt es nicht. So ist Husam wegen falscher Ernährung mit Reis und Makkaroni erblindet.

Einige versuchen, selbst zu kochen, wenn sie das Geld dazu haben. Versorgung mit Grundnahrungsmitteln zur Selbstversorgung wäre eine Lösung. Das käme nicht teuer. Die Frage nach dem Profit der Unternehmer wird diskutiert

Katastrophale medizinische Versorgung Sehr viele Flüchtlinge sind krank: Kriegsverletzungen, chronische Krankheiten, Zahnprobleme, kaputte Brillen. Schon lange haben sie keine medizinische Versorgung oder gar Vorsorge mehr erhalten. H. litt seit Monaten an einer Zahnwurzelvereiterung, bekam nur Paracetamol. Nun musste er schon dreimal operiert werden. Alle registrierten Flüchtlinge haben Anspruch auf Notfallversorgung in Krankenhäusern. Ich kenne viele Ärzte, die respektvoll um ihre Patienten bemüht sind. Aber wie kommen diese aus den entfernten Lagern dorthin? Wer übersetzt, zahlt Medikamente, pflegt und versorgt? In Krankenhäusern ist es erforderlich, dass Begleitpersonen mithelfen. Dr. Bitu Kermani aus Köln berichtet, wie sie gerade noch rechtzeitig einen Mann mit einem Allergieschock behandeln konnten.⁴ Frauen werden nach einer Entbindung in die Camps entlassen. Es fehlt an Fachärzten, an Personal für Traumatisierte, an Hebammen für Schwangere und Stillende. Totkranke Menschen finden kaum den Weg zu einer Therapie.

Diese unmenschliche Behandlung von Menschen auf der Flucht entspricht nicht den Werten und Gesetzen, für die Europa steht. Welche

politische Absicht und welches Menschenbild verbergen sich also hinter ihr? Es dominieren Abschreckung, Abwehr und Rechtlosigkeit. Dies alles findet nicht nur an den Grenzen statt, sondern auch gegenüber Menschen, die unter uns leben. Die griechische Regierung pflegt noch eine humane Rhetorik, aber in der Gesetzgebung (neues Asylgesetz) und in der Praxis (illegale Rückführungen durch griechische Polizei und Frontex in die Türkei) folgt sie dem EU-Diktat und den Anwei-

sungen aus Berlin.

Vorhersehbar ist, dass es im kommenden Winter soziale Unruhen mit verheerenden Folgen geben wird. Im Diavata Camp wie im Lager Katsika haben Flüchtlinge bereits Büroräume besetzt und Hilfsorganisationen vom Platz verjagt. In anderen werden entsprechende Drohungen ausgesprochen. Nichts ist gut in griechischen Flüchtlingslagern!

Die Städte Osnabrück und Marburg bieten Aufnahme von Flüchtlingen in Deutschland⁵. Die Forderung von Pro Asyl: „Eine wirkliche europäische Lösung muss die zügige Öffnung legaler Ausreisemöglichkeiten für Schutzsuchende aus Griechenland nach Europa beinhalten“.

Dorothee Vakalis ist Mitglied in der NAOMI Werkstatt www.naomi-thessaloniki.net

Anmerkungen:

1 Am 20.3.2015 wurden die Grenzen nach dem Türkei-EU-Deal geschlossen. Vorher waren 50.000 Menschen in Griechenland gestrandet und kamen nun nicht weiter. Bis zu 14.000 Menschen campierten in Idomeni auf Feldern. Die nach dem 20.3. 15 in Griechenland gelandeten Menschen, bis heute über 10.000, werden auf den Inseln festgehalten. Siehe Artikel Seite 4. Zu den Lagern siehe Karte des UNHCR: <http://data.unhcr.org/mediterranean/country.php?id=83> (hier sind staatliche Angaben aufgenommen).

2 http://europa.eu/rapid/press-release_IP-16-1447_en.htm EU provides €3 million to improve conditions for refugees in Greece. Siehe dort die Liste der vor allem ausländischer Organisationen.

3 <http://davidlohmueeller.com/en/refugee-camps-greece/>

4 Dr. Khaled und Dr. Bitu Kermani vom Verein Avicenna in Köln <http://avicenna-hilfswerk.de/griechenland/>

5 <https://weact.campact.de/petitions/gefluchtete-aus-griechenland-und-italien-nach-deutschland-holen-relocation-jetzt-umsetzen>

Europa unten

„Relocation – ein europäisches Trauerspiel“

„Für viele der Flüchtlinge wäre das Relocation-Programm der Europäischen Union die einzige Hoffnung darauf, Griechenland und die katastrophalen Verhältnisse in den Lagern auf legalem Weg verlassen zu können.“

Doch die Zusagen der europäischen Mitgliedsstaaten zur Aufnahme von Geflüchteten nach diesem Programm werden nur äußerst schleppend umgesetzt. Insgesamt wurden seit September 2015 lediglich gut 6100 Menschen EU-intern umverteilt (Stand: 18. Oktober 2016). Diese „Halbzeit-Bilanz“ des auf zwei Jahre angelegten Programms ist bescheiden. Von den im September 2015 zugesagten 160.000 Relocation-Plätzen konnten bis heute gerade einmal 3,7 Prozent tatsächlich in Anspruch genommen werden.

Auch Deutschland hat nur einen Bruchteil der zugesagten Plätze zur Verfügung gestellt – nämlich 216 von gut 27.300. Auch die kürzlich gemachte Ankündigung, künftig monatlich bis zu 500 Geflüchtete jeweils aus Griechenland und Italien aufnehmen zu wollen, ist völlig unzureichend. Sie bedeutet nichts anderes, als dass viele Menschen, die vor Krieg und Verfolgung geflohen sind, noch bis zu zwei weiteren Jahren unter schlechtesten Bedingungen leben müssen.“ Aus der Petition siehe Seite 5, Anmerkung 5.

Das Umsiedlungsprogramm („Relocation“) ist lediglich eine europäische Vereinbarung ohne gesetzliche Absicherung und gültig für Flüchtlinge nur aus Syrien und dem Irak. Das aber hat zur Folge, dass die Menschen keinen Rechtsanspruch haben auf eine Umsiedlung und auf Widerspruch, wenn sie in ein Land geschickt werden, das nicht ihrer Wahl und ihren sozialen Bindungen entspricht. Flüchtlinge können von den Mitgliedsstaaten ohne Begründung abgelehnt werden und müssen dann in Griechenland bleiben. Bisher sind über 500 Menschen abgelehnt worden. Die Menschen sind der Willkür staatlicher Stellen ausgesetzt.

Ausgeschlossen von diesem Programm sind Flüchtlinge aus Afghanistan, Kurden aus der Türkei und dem Iran, Menschen aus Pakistan, Bangladesch und alle aus Afrika. In Thessaloniki hausen sie versteckt in Bauruinen und unter Brücken. Unabhängige Solidargruppen bemühen sich um eine notdürftige Versorgung. Ihre einzige Hoffnung sind Schleuser. Dorothee Vakalis

Arbeitsmarkt und Migration in Europa

Sebastian Gerhardt

Rassistische Hetze gegen Migranten gehört zum Markenkern jeder rechten Politik, die eine Massenbasis mobilisieren soll. Das zeigen der Wahlkampf von Donald Trump und die Brexit-Kampagne von Boris Johnson und UKIP. Das zeigen der Aufstieg der AfD oder die lange Karriere des Front National in Frankreich. Für diese Politik gibt es einen schlichten Grund: Erfolg. Immer wieder gelang es, auf diesem Weg von dem entscheidenden Widerspruch zwischen unten und oben abzulenken, Solidarität zu verhindern, die Konkurrenz unter den Beschäftigten und Erwerbslosen zu verschärfen und eine unsoziale Politik durchzusetzen. Seit 1986 gibt es die gewerkschaftliche Aktion der gelben Hand gegen Rassismus. (<http://www.gelbehand.de>) Sie war damals so nötig wie heute. Immer wieder aufs Neue muss gezeigt werden: Gewerkschafter und Linke haben bei der Spaltung der arbeitenden Klasse in verschiedene nationale Gruppen nichts zu gewinnen. Es geht nicht darum, die Überzeugten noch einmal zu überzeugen. Es geht darum, die Kolleginnen und Kollegen für die besondere Anstrengung der Solidarität zu gewinnen. Dazu sollen hier von vielen möglichen nur drei Fragen behandelt werden.

Frage 1 Haben die Arbeiterinnen und Arbeiter ein Vaterland? Antwort: Ja, manche sogar zwei. Migranten haben ihr Herkunftsland selten „hinter sich gelassen“. Sie haben in der Regel ihre Schwierigkeiten nicht nur mit einem, sondern

gleich mit zwei Vaterländern. Sie brauchen etwa gültige Personaldokumente und Zeugnisse aus dem einen Land für die entsprechenden beglaubigten Übersetzungen in dem anderen, für die Ausländerbehörde, für Chefs und Vermieter und viele andere mehr. Die Statistiker der Europäischen Kommission bezifferten 2014 die „potenziell wirtschaftlich aktive“ Bevölkerung – Altersklasse 15plus – auf etwa 242 Millionen Menschen. Davon kamen 29,5 Millionen aus anderen Ländern – das sind 12 Prozent, also jede und jeder Achte! Auf die EU-Binnenwanderung entfielen 11 Millionen, nicht ganz 19 Millionen Menschen kamen aus Staaten außerhalb der EU. Tatsächlich erwerbstätig waren in den Ländern der EU im Jahr 2014 gut 213 Millionen Menschen. Unter ihnen bilden die Migranten noch eine Gruppe von knapp 8 Prozent, etwa jeder 13. Das ist wesentlich. In einem Bus am Morgen mit nur 40 Fahrgästen trifft man im Durchschnitt schon 3.

Die Zahl der Menschen mit nicht-nationaler Herkunft ist in den letzten 20 Jahren nochmals gestiegen. Beispiel Großbritannien: Anfang 1997 waren von den 26,2 Millionen Erwerbstätigen im Vereinigten Königreich 1,9 Millionen „im Ausland geboren“ (7 Prozent) und nur 928.000 Menschen mit einem anderen Pass (3,6 Prozent). Im Juni 2016 waren von 31,7 Millionen Erwerbstätigen dagegen 5,4 Millionen „im Ausland geboren“ (17 Prozent) und 3,5 Millionen (11 Prozent) auch juristisch Ausländer. In



der Bundesrepublik ist der Anteil der „Nichtdeutschen“ an der Wohnbevölkerung allerdings von 1997 bis 2013 praktisch bei etwa 9 Prozent stabil geblieben, erst die Zuwanderung im Zuge der Euro-Krise und die Flüchtlinge des Jahres 2015 führten zu einem Anstieg auf 11 Prozent. Im September 2016 waren von den 31 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Deutschland 89,9 als „deutsch“, 10,1 Prozent als „Ausländer“ registriert. Andererseits bedeuten all diese Zahlen auch: Die meisten Menschen leben und arbeiten in dem Staat, in dem sie geboren wurden. Das gilt für die arbeitende Klasse ebenso wie für das Kapital, denn die „globale Wirtschaftselite“ ist eine Legende. (Michael Hartmann, Campus Verlag 2016) Wenn also nach der Verantwortung für die Zustände hierzulande

oder in Großbritannien gefragt wird, dann sollte auf die Einheimischen geachtet werden.

Frage 2 Haben die insgesamt niedrigeren Löhne von Migranten objektive Gründe?

Antwort: Ja, denn soziale Kräfteverhältnisse sind ziemlich objektiv, wenn auch nicht unveränderbar. Migranten erscheinen dort auf dem Arbeitsmarkt, wo es für sie eine Hoffnung auf Jobs gibt. Sie bewerben sich auf Stellen, die in Unternehmen durch Investitionen geschaffen werden. Deshalb entfiel in den letzten Jahren die größte Zuwanderung in Europa auf die kapitalistisch erfolgreichen Staaten Großbritannien und Deutschland. In diese beiden Staaten ging 2014 mehr als die Hälfte aller Einwanderer aus anderen EU-Ländern. Die Einwanderung aus Drittländern ist etwas gleichmäßiger verteilt, sie erfolgte auch in die großen Staaten am Mittelmeer: Spanien, Frankreich und Italien, was eher geographische als wirtschaftliche Gründe hat. Staatliche Sozialleistungen – gerade in Großbritannien eher gering – spielen keine große Rolle bei der Suche nach einem Job im Ausland.

Über die Löhne, Lebens- und Arbeitsbedingungen von Migranten wird im Rahmen bestehender Gesetze, Regeln und der sozialen Kräfteverhältnisse entschieden. Die Zuwanderer müssen sich in diese Systeme einfügen, die sie fertig vorfinden. Das heißt in Großbritannien: Selbst feste Arbeitsverträge bieten kaum mehr Schutz als Zeitverträge hierzulande. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad liegt bei etwa 25 Prozent – höher als in Deutschland mit 18 Prozent. Doch die Reichweite von Tarifverträgen ist weit geringer. In der Bundesrepublik fallen noch 55 Prozent der Beschäftigten unter eine Tarifeinigung, in Großbritannien etwa 30 Prozent. In Frankreich ist es ganz anders: Bei einem Organisationsgrad

von weniger als 8 Prozent gibt es doch Tarifverträge für über 90 Prozent der Beschäftigten, die politisch gewollte Allgemeinverbindlichkeit macht es möglich. (Doch hilft das erst, wenn man eine Stelle hat.)

Selbstverständlich war eine massive Ausweitung der Arbeitsmigration gerade aus den EU-Ländern ein zentrales Element der Profitstrategien des britischen Kapitals. Doch die Umgestaltung der britischen Wirtschaft wurde nicht durch die Wohnortwechsel von Polen oder Rumänen gestaltet, sondern durch Kapitalinvestitionen und politische Entscheidungen der Mehrheitsgesellschaft.

Ja, wenn die Familien von Migranten noch im Herkunftsland wohnen, dann können sie auch mit einem geringeren Einkommen über die Runden kommen – um den Preis der Trennung von der Familie. Doch ihre Einkommen sind insgesamt auch dann geringer, wenn ihre Kinder schon lange in britische oder deutsche Schulen gehen. Das hat nichts mit Sprachproblemen, anderem Ausbildungssystem oder Lebenshaltungskosten zu tun. Das ist schlichte Diskriminierung, die im Einzelfall den einheimischen Beschäftigten einen klaren Vorteil in der Konkurrenz verschafft.

Die Arbeitslosigkeit von Migranten liegt – bei großen nationalen Unterschieden – deutlich höher als bei „Einheimischen“, für Menschen aus Drittstaaten außerhalb der EU regelmäßig bei einem Mehrfachen. Charakteristisch ist, dass auch in der zweiten Generation die Diskriminierung von Migranten deutlich sichtbar ist, wieder besonders deutlich für Menschen, deren Eltern nicht aus der EU kamen. In einigen Ländern – Griechenland, Italien – ist die Erwerbslosigkeit für Migranten in der zweiten Generation sogar deutlich höher als in der ersten: Die hohe Jugendarbeitslosigkeit schlägt sich hier nieder. Die offizielle Arbeitslosenrate in der Bundesrepublik lag im September 2016 bei 5,9 Prozent. Unter den Deutschen waren es jedoch nur 4,9 Prozent – unter den Ausländern 15,1 Prozent.

Frage 3 Hat der Erfolg des rechten Populismus objektive Gründe? Ja, siehe oben. Karl Marx schrieb: „Die Arbeiter haben kein Vaterland.“ Das war keine soziologische Beschreibung, sondern eine revolutionäre Hoffnung. Praktische Solidarität ist keine Selbstverständlichkeit, sondern immer eine politische Aufgabe, auch wenn der eine oder andere Slogan ganz selbstverständlich klingt: Mach meinen Kumpel nicht an!

Sebastian Gerhardt ist Mitglied der Redaktion von Lunapark21

Europa von unten

Spanien: Generalstreik der Jugend



Am 26. Oktober beteiligten sich rund zwei Millionen Schülerinnen, Schüler und Studierende an einem Generalstreik, der vom Sindicato de Estudiantes (SE) (etwa: Studierenden-Gewerkschaft)

organisiert wurde. 200.000 nahmen landesweit an über sechzig Demonstrationen teil. Unterstützt wurden sie landesweit vom Elternverband und regional von Gewerkschaftsorganisationen.

Hintergrund ist der Plan der Regierung, so genannte „Revalidierungen“ einzuführen. Dabei handelt es sich um zahlreiche zusätzliche Abschlussprüfungen am Ende der Schulzeit, die für den Zugang zu Hochschulen entscheidend würden. Es gab sie in der Franco-Zeit, als das Bildungssystem noch stärker Kinder aus der Arbeiterklasse aussortierte. Der Sindicato de Estudiantes weist deshalb darauf hin, dass dieser Regierungsplan hunderttausende Arbeiterkinder von einem Studium ausschließen würde. Gefordert wird nicht nur die Rücknahme dieser „Revalidierungen“, sondern die Rücknahme aller Kürzungen, mehr Geld für den Bildungsetat und die Wiedereinstellung der in den letzten Jahren entlassenen Lehrkräfte. Für den 24. November hat die Gewerkschaft einen neuerlichen Generalstreik angekündigt, sollte die Regierung ihre Pläne nicht fallen lassen. Sascha Stanicic

Widerstand gegen das Arbeits-Unrecht in der Europäischen Union

Wer die tiefe Krise der abhängigen Arbeit nicht anprangert, kann auch die Rechtsentwicklung nicht stoppen

Werner Rügemer

Die EU hat viele Krisen: bankrotte Banken, überschuldete Staaten (auch der Staat mit der schwarzen Null), wirtschaftliche Stagnation. Zur Krise gehören auch die „Volksparteien“, die sich für die Partialinteressen des internationalen Privatkapitals einsetzen und den Boden für die primitivere Variante der nationalistischen Parteien bereiten. Die am meisten verdrängte und verzerrt dargestellte Krise ist die der abhängigen Arbeit. Das gilt nicht nur für Griechenland und den Kosovo, nicht nur für Irland und Spanien, sondern auch für die mächtigsten Staaten Großbritannien, Frankreich und Deutschland.

Eine Stunde Arbeit pro Woche

Um mit Meister Deutschland zu beginnen: „Es geht uns allen gut“, so die Vorsitzende der regierenden „Volkspartei“. Dieser Staat erleidet die tiefste Krise der Arbeit, die er je hatte: Arbeitslose, Mindestlöhner, Werkvertragler und Leiharbeiter werden unterschiedlichen Erpressungsregimen unterworfen. Viele werden zu Teilzeit- und befristeter Arbeit und Mehrfach- und Ein-Euro-Jobs gezwungen. 70jährige Rentner und Rentnerinnen schleppen nachts schwere Zeitungspakete. Ein Heer von 1,5 Millionen Hungernden darf sich täglich bei den eintausend mildtätigen Tafeln etwas zu essen holen. Und jetzt kommen noch Flüchtlinge dazu.

Die Krise der abhängigen Arbeit betrifft nicht nur diejenigen, die vom Lohnsystem abhängen – Beschäftigte, Arbeitslose, Rentner. Es geht auch um die Millionen free lancer und Praktikanten und Saisonarbeiter und die scheinselfständigen Taxifahrer im Dienste des Weltkonzerns Uber und um ausgenutzte Flüchtlinge.

Gegenwärtig pressen Unternehmen ihren Beschäftigten mindestens 40 Milliarden Euro jährlich in Form von unbezahlten Überstunden ab. Hinzu kommt eine wachsende Zahl nicht dokumentierter Überstunden. Erpressung und Nötigung sind Straftaten.



Lebenshaltungskosten liegen fast auf westeuropäischem Niveau. Die hohen Arbeitslosenquoten sind in diesen Staaten auch deshalb nicht noch höher, weil hunderttausende flüchten. Wer erfährt in Deutschland schon, dass im Juli 2016 in der ukrainischen Hauptstadt Kiew 12.000 Menschen für die Verdoppelung des Mindestlohns demonstrierten? Wer erfährt von den Beschäftigten in Polen, die Amazon nach einem Bummelstreik hinauswirft?

Zur Beschönigung wird statistisch getrickst und gelogen. Schon wer eine Stunde in der Woche gegen Bezahlung arbeitet, gilt als nicht mehr als arbeitslos! Bundesregierung und Unternehmerlobby feiern sich und behaupten, dass viele neue Arbeitsplätze geschaffen worden seien. Dabei sinkt der Umfang der geleisteten Arbeit in Deutschland seit 1991: 2015 waren zwar vier Millionen Menschen mehr „beschäftigt“ (43 Millionen statt 39 Millionen). Doch diese leisteten 1,4 Milliarden Arbeitsstunden weniger!

Arbeitgeber als routinemäßige Rechtsbrecher
Rechtsbrüche sind an der Tagesordnung. 20 Stunden-Verträge etwa für Reinigungskräfte im Hotel dokumentieren: Es muss länger gearbeitet werden, bezahlt werden jedoch nur 20 Stunden. Arbeitgeber fälschen Stundenzettel, zahlen Löhne nicht aus. „Arbeit auf Abruf“ (Kapovaz: kapazitätsorientierte variable Arbeitszeit) erfährt einen neuen Boom: Dabei verletzen Arbeitgeber das Teilzeit- und Befristungsgesetz, das eine Mindestabfolge von drei Stunden und eine Ankündigungsfrist von vier Tagen vorschreibt. Weiter verletzen Arbeitgeber routinemäßig das Arbeitszeit-Gesetz, das Arbeitsschutz-Gesetz, das Datenschutz-Gesetz und das Mindestlohn-Gesetz.

Arbeitgeber behindern Betriebsräte, kündigen Beschäftigten, die einen Betriebsrat gründen wollen – das sind nach Betriebsverfassungsgesetz

§ 119 Straftaten, die mit bis zu einem Jahr Gefängnis bestraft werden können. Doch dieser Straftatbestand ist im deutschen Recht der am allerwenigsten von Staatsanwälten verfolgte Straftatbestand. Keine Personengruppe wird rechtlich so wenig verfolgt wie Manager und Unternehmer, die gegen Arbeitsgesetze verstoßen. Nirgendwo ist die Rechtsverfolgungs-Praxis auf einem so niedrigen Niveau.

Europaweite Niedriglöhnerei

Die deutschen Regierungen haben seit etwa dem Jahr 2000 Deutschland zum größten Niedriglohngebiet der EU „reformiert“. Seit der Finanzkrise 2008 drückt die Troika das deutsche Vorbild in der EU durch, nicht nur in Griechenland, auch in Irland und Portugal. In Belgien hat die Regierung unter dem „Reformer“ Charles Michel ähnliches vor. Italiens Regierung mit der „Demokraten“-Partei Matteo Renzi zieht den „Jobs Act“ durch: Kündigungen werden erleichtert, die allerdings bei der hohen Arbeitslosigkeit nur den Effekt haben, dass besser bezahlte durch schlechter bezahlte Jobs ersetzt werden. Frankreichs Regierung unter dem „sozialistischen“ Staatspräsidenten Francois Hollande geht mit dem „Loi Travail“ noch massiver vor. Das Gesetz wurde mithilfe der Notverordnung am Parlament vorbei durchgesetzt (siehe FaktenCheck:EUROPA Nr. 1).

In osteuropäischen EU-Mitgliedsstaaten sind Löhne und Mindestlöhne niedrig, aber die

Stop the Coup Vorschläge zur Aufwertung der Arbeit und zu kollektiven Tarifverträgen entwickelt; der Aufruf wurde in sechs Sprachen übersetzt, denn die europaweite Selbstorganisation ist notwendig (www.mayday.gr). Alter Summit lädt zum 25./26. November 2016 nach Brüssel ein: „Soziale und Arbeitsrechte: Kämpfe in Europa stärken und vernetzen“ (www.altersummit.eu/mobilisation). Gewerkschaften erkennen allmählich, dass es bei den Freihandelsabkommen CETA, TTIP und TISA auch um Arbeitsrechte und Arbeitsplätze geht.

Die Forderungen sind klar: Es geht um die angeblich in den Freihandelsverträgen verankerten Normen der Internationalen Arbeitsorganisation ILO: Recht auf kollektive Tarifverträge und auf unabhängige Gewerkschaften, Streikrecht, lebenssichernde Arbeitseinkommen, ausreichende Sozial- und Gesundheitsversicherungen, gerechte Umverteilung der Arbeitszeiten. Nicht zu vergessen: Meinungsfreiheit in der Arbeitswelt! Arbeitsrechte sind Menschenrechte! Kriminelle Arbeitgeber bestrafen! Da beginnt nach langer Betäubung ein neuer Anlauf, europaweit!

Von **Werner Rügemer** und Elmar Wigand erschien 2014 das Buch „Die Fertigmacher. Arbeitsunrecht und professionelle Gewerkschaftsbekämpfung“ (PapyRossa).

Europa von unten

Widerstand gegen Hafen-Privatisierung Koper, Slowenien

Jede Regierung seit der Unabhängigkeitserklärung Sloweniens 1991 hat versucht, den Hafen von Koper zu privatisieren, und es gibt immer Druck von außen. Einer der wichtigsten Interessenten ist die Deutsche Bahn. Aber auch die Österreichischen Bundesbahnen dürften interessiert sein, denn Koper ist auch der wichtigste Hafen für österreichische Produkte. Im Endeffekt ist es aber egal, woher das Kapital kommt, sie alle wollen ein neoliberales Konzept in Koper etablieren.

Am Freitag, dem 1. Juli, haben wir zu arbeiten aufgehört und mit den schweren Maschinen den Eingang zum Hafen blockiert. Der Grund war, dass die Regierung die Lizenzvergabe für den Hafen ändern will. Das würde dazu führen, dass private Konzerne sich in den Hafen einkaufen können. Das wären die ersten Schritte in Richtung Privatisierung. Und das wäre verheerend für die mehr als eintausend Beschäftigten. Die neuen Regeln sollten auf der Eigentümerversammlung am 1. Juli beschlossen werden. Ursprünglich wollten wir die blockieren. Aber die Regierung hat Spezialeinsatzkräfte nach Koper gebracht, um das zu verhindern. Deshalb haben wir uns am Abend davor entschieden, den Hafen zu versperren. In nur wenigen Stunden haben wir eine sehr starke und radikale Aktion auf die Beine gestellt. Am Montag, also am 4. Juli, war der Premierminister dadurch gezwungen, sich öffentlich von den Privatisierungsversuchen zu distanzieren. Der Protest reichte, um die Regierung fürs Erste zum Einlenken zu bewegen. Aber sie werden sicher wieder versuchen zu privatisieren. Es gibt starken Druck von internationalen Konzernen. Wir hoffen, dass wir stark und organisiert genug sind, um solche Versuche auch in Zukunft abzuwehren.

Mladen Jovicic und **Boris Bradac** von der „Kranführergewerkschaft des Hafens von Koper“ (SZPD). Aus einem in der Tageszeitung *junge Welt* erschienenen Interview.

Susanne Rohland

Die Nachrichtenlage aus der Türkei nach dem gescheiterten Putsch vom 15. Juli ist düster. Mit der Verhaftung von Politikerinnen und Politikern der pro-kurdischen HDP in der Nacht zum 4. November ist eine neue Eskalationsstufe erreicht. Zuvor schon waren mehr als 80.000 Staatsbedienstete suspendiert oder entlassen worden, mehr als 170 Medien und Verlags-häuser wurden geschlossen, 130 Journalistinnen und Journalisten sitzen im Gefängnis. Insgesamt wurden in der Folge des Putsches mehr als 80.000 Menschen verhaftet – die Hälfte davon befindet sich heute noch hinter Gittern. Kriminelle

Selbstverständnis FaktenCheck:EUROPA

Das Projekt EU steht nach der Selbstdarstellung für die Schaffung von ARBEITSPLÄTZEN und für SOZIALE SICHERUNG. Doch in Wirklichkeit steigen MASSENERWERBSLOSIGKEIT und PREKÄRE BESCHÄFTIGUNG. Die KLUFT zwischen ARM und REICH vergrößert sich kontinuierlich.

Die EU steht offiziell für FRIEDEN. Doch in Wirklichkeit ist die EU und sind einzelne EU-Mitgliedsländer an einer wachsenden Zahl militärischer Interventionen und KRIEGEN beteiligt.

Die EU reklamiert für sich DEMOKRATIE. Tatsächlich nimmt die Substanz von Demokratie in dem Maß ab, wie man sich Brüssel bzw. den EU-Institutionen nähert. Das wurde jüngst am Beispiel CETA dokumentiert: Wallonien wurde solange unter Druck gesetzt, bis diese belgische Region ihr Veto gegen das Freihandelsabkommen zurücknahm.

Die EU proklamiert FREIZÜGIGKEIT. Doch in Wirklichkeit betreibt die EU die Politik „FESTUNG EUROPA“, als deren Resultat allein 2016 mehr als 5000 Menschen im Mittelmeer ERTRINKEN.

Das Projekt EU steht für einen AUSGLEICH der Differenzen zwischen den Regionen. Tatsächlich gibt es eine große und wachsende Kluft zwischen den reicheren Regionen im EU-Zentrum und den armen Regionen der „Peripherie“. Gleichzeitig hat die „Sparpolitik“, die die EU betreibt, zu Entsolidarisierung, zu Hass und zum AUFSTIEG RECHTER und FASCHISTISCHER STRÖMUNGEN beigetragen.

FaktenCheck:EUROPA ging hervor aus der Publikation **FaktenCheck:HELLAS**, die 2015 in fünf Ausgaben (und in fünf Sprachen) erschien.

FaktenCheck:EUROPA leistet einen Beitrag zur Aufklärung über die Widersprüche zwischen Selbstdarstellung und Wirklichkeit der EU.

FaktenCheck:EUROPA engagiert sich für die Armen, die Erwerbslosen, die Lohnarbeiter und für alle Geflüchteten.

FaktenCheck:EUROPA leistet an der Seite von kämpferischen Gewerkschaften und sozialen Bewegungen einen Beitrag zur Solidarität von unten und zur Durchsetzung von demokratischen und sozialen Rechten in Europa.

Die EU, die Türkei und wir

Solidarität mit der Opposition gegen Erdoğan's Diktatur

wurden entlassen, um Platz zu schaffen. Neue Gefängnisse werden gebaut.

Zunächst richteten sich die Maßnahmen weitgehend gegen tatsächliche oder vermeintliche Anhänger des Islampredigers Fethullah Gülen, dem die Verantwortung für den Putschversuch zugeschoben wird. Noch Mitte August kam ein Wissenschaftler, der als „Gülen-Anhänger“ verhaftet wurde, frei: Er sei bekanntlich Marxist und Atheist und könne folglich kein Anhänger eines Islam-Predigers sein. Kaum zwei Wochen später traf eine der Entlassungswellen aus dem öffentlichen Dienst auch Dutzende Unterzeichnerinnen und Unterzeichner des „Appells der Akademiker*innen für den Frieden“ vom Januar 2016. Inzwischen sind 68 von ihnen betroffen. Insgesamt sind knapp 4.000 Akademikerinnen und Akademiker in der Folge des Putsches entlassen worden. Dauerhaft – eine erneute Anstellung im öffentlichen Dienst ist auf Lebenszeit ausgeschlossen. Da es sich um Dekrete unter Notstandsgesetzgebung handelt, ist gegen die Entscheidung, die einem lebenslangen Berufsverbot gleichkommt, kein Einspruch möglich.

Bei der Entlassung von 11.285 Lehrkräften am 8. September wegen angeblicher PKK-Unterstützung kann von einem auch nur möglichen Zusammenhang mit dem Putschversuch nicht mehr die Rede sein. Vielmehr wird der Ausnahmezustand zur weiträumigen Ausschaltung jedweder Opposition genutzt. Dazu gehört neben der kompletten Schließung aller kurdischen und alewischen Medien auch die Absetzung von 70 gewählten Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern in den kurdischen Gebieten. 30 von ihnen sitzen im Gefängnis.

Bereits vor Jahren soll Erdoğan erklärt haben, er halte Demokratie für ein Vehikel, das man verlassen könne, wenn es Zeit ist. Im letztem Sommer war es soweit, als die HDP mit ihrem Wahlerfolg die Alleinregierung von Erdoğan's AKP verhinderte. Erdoğan erkannte das Wahlergebnis nicht an, ließ alle Koalitionsverhandlungen platzen, setzte Neuwahlen an – und eröffnete den Krieg gegen die Kurden neu. Wochen-, teils monatelange Ausgangssperren rund um die Uhr in kurdischen Gebieten waren begleitet von Militäroperationen, die ganze Ortschaften dem



Erdboden gleichmachten und hunderte Menschenleben forderten. Drei Wochen vor dem Neuwahltermin vom 1. November 2015 detonierten zwei Bomben auf einer Friedenskundgebung in Ankara. Die beiden Selbstmordattentäter rissen 100 Menschen mit in den Tod. Die Neuwahl verlief zu Erdoğan's Gunsten: Zwar nahm die HDP erneut die 10-Prozent-Hürde und verblieb – wenn auch mit Verlusten – im Parlament. Doch die AKP erhielt die parlamentarische Mehrheit zurück und kann wieder allein regieren.

Der Kriegskurs gegen die Kurden wurde unvermindert fortgesetzt. Jedwede Solidarität wird als „terroristische Propaganda“ erbittert kriminalisiert. Im Mai beschloss das Parlament die Aufhebung der Immunität derjenigen Abgeordneten, gegen die Strafanzeigen vorliegen. Betroffen sind, neben einigen Abgeordneten von CHP, MHP und sogar der AKP, fast alle 59 Abgeordneten der HDP-Fraktion. Es folgten polizeiliche Anhörungen, bei denen die Vertreterinnen und Vertreter der HDP statt der Beantwortung der Fragen eine gemeinsame Erklärung verlasen: Dass sie sich weigern, Statisten in einem von Erdoğan einberufenen Justiztheater zu spielen, und dass nur die Menschen, die sie ins Parlament gewählt haben, das Recht haben, ihre Aktionen in Frage zu stellen.

Die jüngsten Verhaftungen kamen nicht überraschend. Erst am 2. November, einen Tag nach der Verhängung einer Ausreiseperrre für Figen Yükseskağ, die Ko-Vorsitzende der HDP, bestätigte ein Gericht eine 10-monatige Haftstrafe gegen sie. 103 Verfahren sind gegen den Ko-Vorsitzenden der HDP Selahattin Demirtaş

Widerstand entlassener Lehrkräfte

Am 29. Dezember 2015 hatten tausende Mitglieder der linken Bildungsgewerkschaft Eğitim Sen als Teil eines landesweiten Friedensprotestes die Arbeit niedergelegt. Deshalb wurden am 8. September 11.285 Lehrerinnen und Lehrer wegen angeblicher Terrorunterstützung – hier: der PKK – entlassen. 928 der Betroffenen leben in Hatay, der südlichsten Provinz der Türkei, und davon wiederum 223 in der Gemeinde Samandağ. Am 12. September haben sie gemeinsam beschlossen, ab sofort und bis auf weiteres täglich eine Sitzblockade auf dem zentralen Abdullah-Cömert-Platz abzuhalten: am 2. November 2016 zum 55. Mal. „Öğretmenime dokunma – Fass meinen Lehrer nicht an“, so lautet die Losung. Zu den Betroffenen gehören eben nicht nur Lehrkräfte, sondern auch deren Schülerinnen und Schüler und ihre Eltern. Unterstützung gibt es von Gewerkschaftsvertretern und sogar von einigen Vertretern der örtlichen, sozialdemokratisch-kemalistischen CHP. Am 55. Protesttag haben sie unter der Überschrift „Ich kümmere mich um meinen Lehrer“ eine Plattform gegründet, die nicht nur die Betroffenen unterstützen, sondern auch Widerstand und Hoffnung in der Bevölkerung verbreiten soll. Und die Sitzblockaden sollen weitergehen: „Wir werden uns der Repression nicht beugen!“

anhängig. Es gab weitere Vorladungen, die HDP-Leute hatten sich geweigert, zu diesen Anhörungen zu erscheinen. Deshalb die polizeiliche Abholung nach Mitternacht.

Während kurdische Gebiete unter Beschuss standen, wurde Erdoğan im September 2015 nach Brüssel eingeladen, um den berüchtigten EU-Türkei-Deal in der Flüchtlingsfrage zu verabreden. Mit der Einladung des Präsidenten der Türkei, der formal nicht viel mehr Zuständigkeiten hat als Gauck bei uns – Gespräche mit dem formal zuständigen damaligen Premierministers Davutoğlu fanden erst später statt – hat die EU Erdoğan's Präsidentschaft de facto akzeptiert. Menschenrechtsverletzungen waren in Brüssel kein Thema. Zwischen dem Anschlag in Ankara am 10. Oktober 2015 und dem Neuwahltermin am 1. November brach Kanzlerin Merkel zu einem Besuch nach Istanbul auf. Die Fotos vom freundlichen Händeschütteln wurden in der Türkei von allen als direkte Wahlkampfhilfe gesehen. Jüngst gab es Berichte über gestiegene Kleinwaffenexporte aus Deutschland in die

Türkei. Nun macht dieser Tage auf sozialen Medien ein Video die Runde, auf dem zu sehen ist, wie zwei PKK-Kämpferinnen im Südosten der Türkei nach ihrer Gefangennahme von türkischen Militärs exekutiert werden – mit deutschen Gewehren, wie selbst „Bild“ feststellt.

Die politische Führung der EU hat Erdoğan mit dem Kungeln in der Flüchtlingsfrage wieder salonfähig gemacht. Er sitzt nun fester im Sattel als noch vor einem Jahr. Alle anderen dagegen, allen voran unsere Verbündeten im Kampf um eine bessere Welt, können sich in der Türkei kaum noch sicher fühlen. Dass Solidarität unsere dringende Aufgabe ist, liegt auf der Hand. Es reicht aber nicht, in sicherer Entfernung über die Auswüchse eines Despoten zu wettern und die hilflose Besorgnis unserer Volksvertreter anzuprangern. Ein türkischer Kollege hat es so formuliert: „Jeder und jede muss Widerstand im eigenen Land organisieren. Das ist Solidarität!“

Susanne Rohland ist aktiv für LabourNet Germany

Europa unten